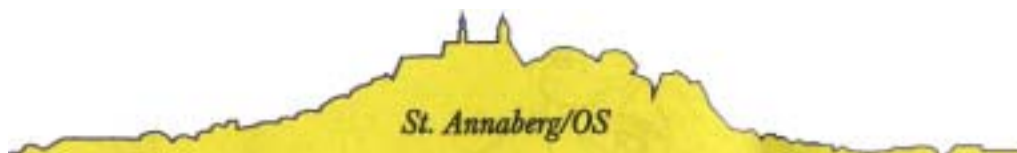


UNSER

Oberschlesien



St. Annaberg/OS

Nr. 10 (1255) 28. Mai 2003

Die größte deutsche Zeitung in Oberschlesien

53. Jahrgang 2,60-Euro 3 zl (w tym 7% VAT)

Themen dieser Ausgabe

- Damals „Holocaust“ - heute „Babycaust“.....2
- Öppelner führt Berliner CDU.....3
- Festakt 50 Jahre Bundesvertriebenengesetz in Berlin.....6
- Querelen um 750-Jahr-Feier in Königsberg.....7
- Die Wirtschaftskammer „Schlesien“ in Oppeln.....9
- Bielitz in alten Ansichten.....13

Mehr Unterstützung aus Düsseldorf?

Oberschlesier sprachen mit Patenministerin Fischer

Zu einem weit über einstündigen Gespräch empfing die Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen Birgit Fischer, MdL, eine achtköpfige Delegation der Landsmannschaft der Oberschlesier. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen hat im Jahr 1964 die Patenschaft über die Landsmannschaft der Oberschlesier und die in der Bundesrepublik lebenden Oberschlesier übernommen. Seit dieser Zeit ist die Zuständigkeit für Patenschaftsangelegenheiten im Sozialministerium verblieben.

Patenministerin Birgit Fischer gab im Gespräch ihrer Zufriedenheit darüber Ausdruck, daß dieser Termin vereinbart werden konnte, um sich persönlich kennenzulernen und gedanklich auszutauschen.

Klaus Plaszczek, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, betonte, daß es stets gute Gespräche mit den jeweiligen Ministern im Verlauf der bald 40-jährigen Patenschaft gegeben habe. Insbesondere habe sich die Patenschaft bewährt, als es nicht nur um die Errichtung der Stiftung Haus Oberschlesien, sondern gerade auch zu einer Zeit, als es um den Verbleib des Oberschlesischen Landesmuseums der Stiftung Haus Oberschlesien an seinem Standort Ratingen in unmittelbarer Nachbarschaft zur Landeshauptstadt Düsseldorf ging. Hier habe der damalige Ministerpräsident Wolfgang Cle-

ment, bei seinem persönlichen Besuch des Oberschlesischen Landesmuseums im März 2000, den Bestand dieses für Nordrhein-Westfalen einzigartigen Museums bekräftigt. Für die finanzielle Förderung des Oberschlesischen Landesmuseums, sowie für die zahlreichen integrativen Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen dankte, Plaszczek Ministerin Birgit Fischer.

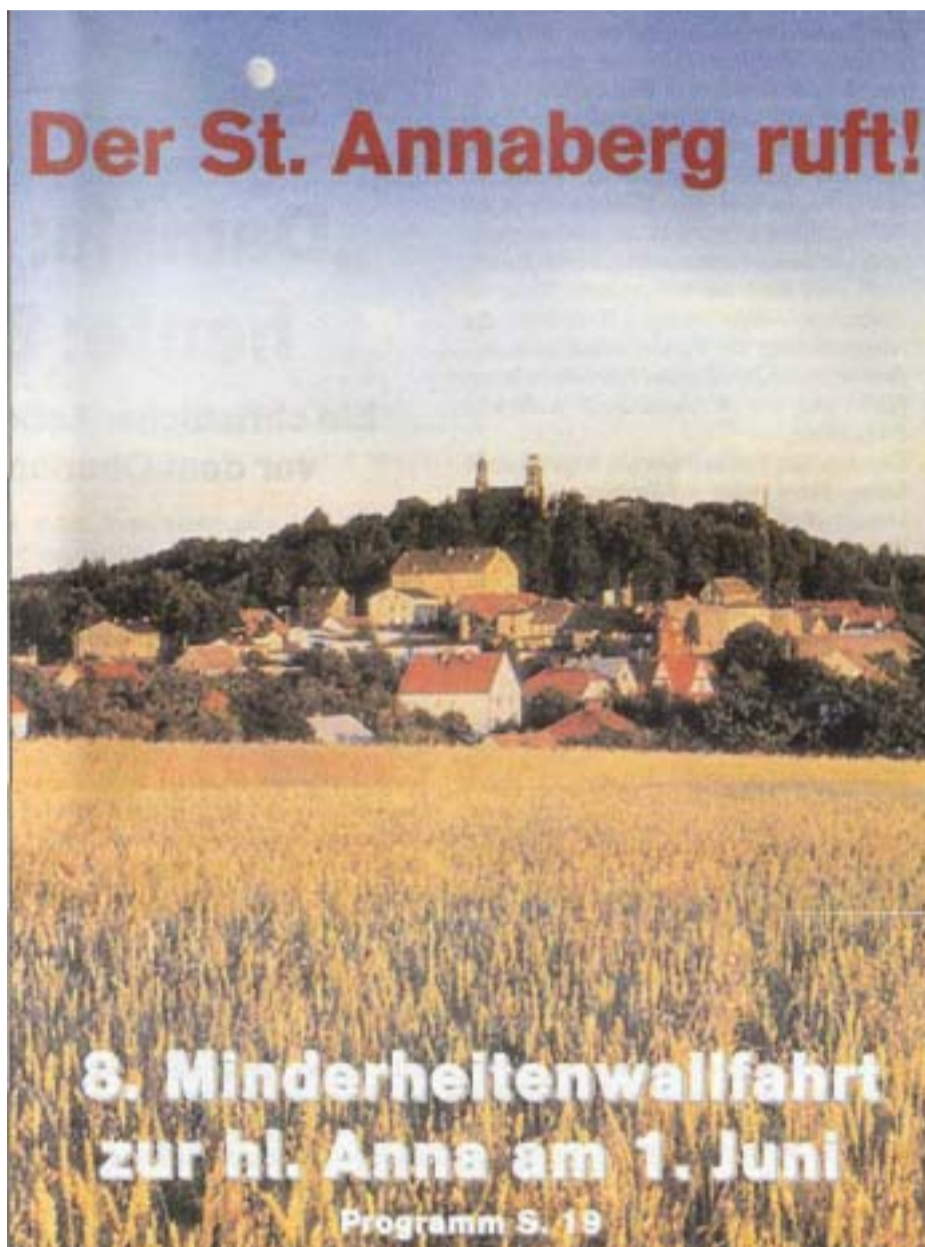
Im Verlauf des Gespräches wurden u.a. das 40-jährige Bestehen der Patenschaft im Jahr 2004, der Tag der Oberschlesier zu Pfingsten 2004 in Rheinberg/Messe Niederrhein, die Kontakte der Landsmannschaft der Oberschlesier zum heutigen Oberschlesien, die Kulturwochen „Oberschlesien an Rhein und Ruhr“ in 2002 und 2003 und die Möglichkeiten der Vermittlung des Themas „Oberschlesien“ an die jüngere Generation und die neuen partnerschaftlichen Verbindungen des Landes zu einem Teil Oberschlesiens angesprochen. Diese Themen bedürfen aber einer weiteren Erörterung. So wurde die Einladung zu einem Gegenbesuch im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen ausgesprochen und Patenministerin Birgit Fischer nahm diese Einladung spontan an. Soweit es terminlich möglich sei, könne dann das begonnene, konstruktive Gespräch fortgesetzt werden, um die angesprochenen Themen zu vertiefen, erklärte Landesministerin Fischer abschließend.

Andreas Gundrum



Bundesvorsitzender Klaus Plaszczek überreicht NRW-Patenministerin Birgit Fischer, MdL, zur Erinnerung an den Besuch zwei Jahrbücher der Stiftung Haus Oberschlesien und eine CD des Oberschlesischen Blasorchesters vom Wettbewerb für Auswahlorchester im Mai 2002. v.l.n.r.: Leonhard von Chamier, stellv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender der Landesgruppe Sachsen-Anhalt der LdO, Magdeburg; Heinz Stronczyk, Vorstandsmitglied der Stiftung Haus Oberschlesien, Kempen Ndrh.; Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie Birgit Fischer, MdL; Oberstaatsanwalt Horst Jarosch, Präsident des Rates der LdO, Koblenz; Klaus Plaszczek, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Oberschlesier, Herford; Dipl. Ing. Erhard Bullmann, Landesvorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, Heiligenhaus; Johanna Torka, Bundesfrauenvorsitzende und Bundeskulturreferentin der LdO, Dortmund; Dipl. Ing. Paul Schläger, Bundessozialreferent der LdO, Herne; Ministerialrat Johannes Lierenfeld, Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. Weiter nahm an dem Gespräch LdO-Bundesgeschäftsführer Andreas Gundrum teil.

Foto: Andreas Gundrum



Das Foto stammt aus dem ausführlichen Reiseführer St. Annaberg (Laumann-Verlag) der bei der Heimatzeitung in Görlitz und in St. Annaberg bestellt werden kann. (Anschrift siehe S.2)

Entschädigung für Deutsche In Tschechien?

Der stellvertretende tschechische Regierungschef Petr Mares will dem Kabinett in Kürze eine Entschädigungsinitiative für Angehörige der deutschen Minderheit im Land vorlegen. Hintergrund seien Diskriminierungen nach dem Zweiten Weltkrieg", sagte der Vorsitzende der liberalen Freiheitsunion der Prager Zeitung Lidove noviny.

Die Deutschen seien unter dem kommunistischen Regime in der Tschechoslowakei verfolgt worden und hätten Repressalien erleiden müssen. Die Entschädigung für Sudetendeutsche sollte daher als Beitrag zur Wiedergutmachung verstanden werden, erklärte Mares. Die Mittel dafür sollten nicht aus dem Prager Staatshaushalt sondern aus dem deutsch-tschechischen Zukunftsfonds kommen, aus dem auch tschechische NS-Opfer entschädigt werden. Regierungschef Vladimir Spidla sagte der Zeitung, er würde sich einer solchen „humanitären Aktion“ nicht verschließen. Nach der Volkszählung von 2001 gehören der deutschen Minderheit in Tschechien etwa 40.000 Menschen an. Der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen in Nordmähren und dem Adlergebirge, Walter Sitte, schätzt die Zahl jedoch auf 100.000.

Der Vertriebenenpolitische Sprecher der Uni-

onsfraktion im Deutschen Bundestag, Marschewski, nannte die angekündigte Entschädigungslösung für die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik ein „begrüßenswertes Signal zur Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte. Er erinnerte jedoch daran, daß nicht nur die im Lande verbliebenen Deutschen, sondern auch die etwa drei Millionen vertriebenen Sudetendeutschen Opfer der fortgeltenden Benesch-Dekrete seien. Es sei daher unverständlich, wenn der tschechische Ministerpräsident Vladimir Spidla einerseits den Vorschlag seines Vizepremiere unterstütze, andererseits aber zugleich jede politische Geste der Entschuldigung gegenüber den sudetendeutschen Vertriebenen ablehne. Marschewski wörtlich: „Diese Misstöne sind zu kritisieren, vielmehr müssen alle Opfer gleichermaßen auch als Opfer anerkannt werden.“ Die Bundesregierung müsse Prag darauf hinweisen, daß es nicht Opfer erster und zweiter Klasse geben dürfe. Die rot-grüne Regierung in Berlin müsse endlich „aus ihrer Spektantenrolle heraustreten, und über die offenen Fragen im deutsch-tschechischen Verhältnis und über die Benesch-Dekrete mit der tschechischen Seite verhandeln“.

(UO)